

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW nicken Sparkassengesetz ab
2. Landesregierung hält kleine Dorfschulen hin
3. Sollen Kommunen Abschaffung der KiTa-Sozialstaffel selbst bezahlen?
4. Europäisches Kulturerbe-Siegel
5. Debatte über Videoüberwachung an Bahnhöfen
6. Schleswig-Holstein soll für Leistungssportler attraktiver werden
7. Greening-Maßnahmen in der Gemeinsamen Agrarpolitik

25.01.2013

SPD, Grüne und SSW nicken Sparkassengesetz ab CDU warnt vor Folgen des Regierungskurses



Die Abgeordneten Koch, Götttsch und Neve mit demonstrierenden Mitarbeitern der Sparkasse

Wie erwartet haben die Regierungsfractionen heute ohne weitere Aussprache in – von der CDU-Fraktion beantragter – namentlicher Abstimmung der Änderung des Sparkassengesetzes zugestimmt.

„Die Abgeordneten der Regierungsfractionen waren nicht bereit, die Argumente betroffener Sparkassen und des betroffenen Mittelstandes auch nur anzuhören. Sie haben heute gegen starke Sparkassen und gegen einen starken Mittelstand entschieden“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen im Anschluss.

SPD, Grüne und SSW hätten die Sparkassen im Land der bislang einzigen Möglichkeit beraubt,

sich unter den verschärften Regeln von Basel-III gegen die Risiken aus den Beteiligungen der HSH-Nordbank und der Landesbank Berlin zu wappnen. Dabei sei noch nicht im Ansatz erkennbar, ob SPD, Grüne und SSW überhaupt alternative Vorschläge haben.

„Im Ergebnis wird dies zu Sparkassenfusionen führen. Das schwächt die Präsenz der Sparkassen in der Fläche. Darunter leiden die Kunden ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Callsen.

Auch die mittelständischen Unternehmen würden kaum ihren so erfolgreichen Wachstumskurs der vergangenen Jahre fortsetzen können, wenn die Sparkassen ihrer Rolle als Kreditgeber nicht mehr im bisherigen Umfang nachkommen könnten.

„Seit 2005 hat vor allem unser Mittelstand in Schleswig-Holstein 87.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Daran hatten auch die Sparkassen als Kreditgeber ihren Anteil. SPD, Grüne und SSW sind auf dem Weg, unser Land zurück in die Arbeitslosenzahlen der letzten rot/grünen Landesregierung zu führen“, so Callsen.

Bemerkenswert sei, dass Ministerpräsident Torsten Albig nach wie vor behaupte, dass seine Regierung für eine Politik des Dialoges stehe.

„Herr Albig sollte sich einmal mit den Vertretern der Verbände in Verbindung setzen, die sich gestern bei der so genannten Anhörung im Ausschuss nicht zu Wort melden durften“, so Callsen abschließend.

Landesregierung hält kleine Dorfschulen hin

Demonstranten des Netzwerkes Dorfschulen kriegen keine klaren Aussagen



Heike Franzen, MdB, mit Demonstranten des Netzwerkes Dorfschulen

Heute (25. Januar 2013) demonstrierten Vertreter des Netzwerkes Dorfschulen bereits zum zweiten Mal vor dem Landeshaus. Sie befürchten, dass in den kommenden Jahren mindestens 100 kleine Grundschulen geschlossen werden.

Ministerpräsident Albig kündigte für die Landesregierung gegenüber den Demonstranten vor der Tür Gesprächsbereitschaft an. Etwas später betonten Abgeordnete der Koalition, dass die finanzielle Situation des Landes einen Lehrerschlag für Mini-Standorte nicht erlaube.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,

Heike Franzen, hat die Koalition von SPD, Grünen und SSW aufgefordert, ihre Hinhaltetaktik in dieser Frage zu beenden:

„Ministerpräsident Albig hat sich heute vor der Tür einmal mehr als verbaler Nebelwerfer betätigt“, sagte die CDU-Abgeordnete. Mit der Verabschiedung des Haushaltes sei klar, wie viel Geld und wie viel Stellen für das kommende Jahr zur Verfügung stehen. Eltern, Schulen und Dörfer bräuchten dringend und unverzüglich Klarheit, um für das kommende Schuljahr planen zu können.

„Die Probleme der kleinen Schulen sind seit langem bekannt. Die Bildungsministerin hat gerade erst vorgelegte Konzepte abgelehnt. Diese Hinhaltetaktik muss aufhören. Das kann man den Betroffenen nicht zumuten“, erklärte Franzen.

Sollen Kommunen Abschaffung der KiTa-Sozialstaffel selbst bezahlen? CDU-Fraktion kritisiert Kurs der Landesregierung



Heike Franzen, MdL

In der Debatte über die von den Regierungsfractionen beantragte Zustimmung des Landtages zur Finanzierung des Kita-Ausbaus hat CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen auf einen weiteren Antrag von SPD, Grünen und SSW hingewiesen. Dieser sieht die Abschaffung der 85-Prozent-Klausel bei der Berechnung der Kita-Sozialstaffel vor und wurde ohne Debatte in den Ausschuss verwiesen. Franzen befürchtet, dass die Regierungsfractionen die Kommunen die Kosten für ihren Antrag selbst tragen lassen wollen:

„Der gerade verabschiedete Haushalt enthält jedenfalls keinen Titel, um den Kommunen dafür einen Ausgleich zu zahlen“, stellte Franzen fest. „Das erklärt dann wohl auch, weshalb dieser Gesetzentwurf ohne Aussprache in den Ausschuss geht. Ganz nach dem Motto, lieber nicht darüber reden.“

Sie könne sich vorstellen, dass die Kommunen dem Irrglauben aufsitzen könnten, dass dieser Gesetzentwurf Konnexität auslöse und die Kosten deshalb vom Land zu tragen seien.

Franzen verglich den Vorgang mit der Behauptung der Landesregierung, die Finanzierung des Kita-Ausbaus diene dem Ausgleich der Entnahme des Landes von 120 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich. „Herr Ministerpräsident, Sie haben den Kommunen im Wahlkampf versprochen, diesen Eingriff wieder auszugleichen. Aber genau das tun Sie nicht. Die zugesagten 80 Mio. € sind kein Ausgleich für die Kommunen. Sie finanzieren damit eine

neue Aufgabe der kommunalen Familien und brechen damit wieder mal ein Wahlversprechen“, sagte Franzen an Ministerpräsident Albig gerichtet.

Die CDU-Abgeordnete kritisierte auch das Vorhaben der Landesregierung, statt der Finanzierung zusätzlicher Krippenplätze aus dem laufenden Haushalt die energetische Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen zu zahlen. „Das entlastet die Kommunen zwar finanziell und ist aus Klimaschutzgründen sicherlich wünschenswert. Es schafft aber keinen einzigen zusätzlichen Krippenplatz“, so Franzen.

Daher sei nicht zu verstehen, warum die Regierungsfractionen dem Vorschlag der CDU-Fraktion nicht gefolgt seien, aus den Zinseinsparungen des letzten Jahres ein weiteres Sondervermögen zum Ausbau der Betreuungsangebote unbürokratisch direkt vor Ort zu finanzieren. „Wir wollten die Kommunen mit 25 Millionen Euro kurzfristig und unbürokratisch beim Krippenausbau unterstützen. Das haben Sie abgelehnt“, so Franzen.

Link zum Antrag auf Abschaffung der 85-Prozent-Klausel in der Sozialstaffel:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0400/drucksache-18-0436.pdf>

Europäisches Kulturerbe-Siegel Auszeichnung für beispielhafte Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein!



CDU-Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

Einigkeit herrschte im Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags heute bei der Debatte über einen Antrag der CDU-Fraktion zur Initiative für ein Europäisches Kulturerbe-Siegel Schleswig-Holstein / Süddänemark.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Johannes Callsen, begründete in der Debatte den Antrag: „Die Bewerbung Sonderburgs um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2017“ hat Kräfte in der Region nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze frei gesetzt, die wir jetzt nutzen sollten! Das Europäische Kulturerbe-Siegel wäre für Schleswig-Holstein eine hohe Anerkennung für eine vorbildliche Minderheitenpolitik. Es könnte auch neue Impulse etwa für den Tourismus liefern, das Verständnis gegenüber Minderheiten steigern und Türen für die Förderung aus EU-Programmen öffnen“, so Callsen.

Das Europäische Kulturerbe-Siegel ist eine bedeutende europäische Auszeichnung für Kulturdenkmäler, Kulturlandschaften oder Gedenkstätten. Die Auszeichnung kann an Stätten mit grenzüberschreitendem, oder gesamteuropäischen Charakter vergeben werden und soll

das europäische Bewusstsein der Bevölkerung vor Ort stärken.

Die „Kultur-Region Sonderjylland-Schleswig“, die von den Gebietskörperschaften nördlich und südlich der Grenze auf den Weg gebracht wurde, sei dabei ein wichtiger Ausgangspunkt, der die Grundlage für eine Bewerbung bieten könnte. In eine Bewerbung sollten die Minderheiten nördlich und südlich der Grenze sowie die Gedenkstätten der deutsch-dänischen Geschichte eingebunden werden.

„Lassen Sie uns gemeinsam die Chance für Schleswig-Holstein und die Grenzregion nutzen“; so Fraktionschef Callsen.

Den Antrag der CDU-Fraktion finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0400/drucksache-18-0433.pdf>

Debatte über Videoüberwachung an Bahnhöfen

Videoüberwachung ergänzt die Wachsamkeit von Behörden und Bürgern



Dr. Axel Bernstein, MdL

In der heutigen Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags debattierte das Plenum über einen Antrag der Fraktion der Piraten über die Videoüberwachung an Bahnhöfen. Der Antrag spricht sich dabei klar gegen eine verstärkte Überwachung aus.

Als Redner der CDU-Fraktion erteilte Dr. Axel Bernstein der Forderung der Piraten eine Absage und sprach sich stattdessen für eine maßvolle Optimierung der Videoüberwachung an potentiellen Anschlagzielen, wie beispielsweise an Bahnhöfen, aus.

„Videoüberwachung ist sicherlich kein Allheilmittel. Sie ist auch nicht zuerst ein Mittel der Abschreckung. Sie soll die Wachsamkeit von Sicherheitsorganen und Bürgerinnen und Bürgern ergänzen“, erklärte Bernstein dazu.

Als offene und freiheitliche Gesellschaft sei Deutschland in besonderer Weise Zielscheibe für Feinde der Freiheit. „So, wie andere westliche Demokratien auch, werden wir von Terroristen bedroht, die die Werte unserer freiheitlichen Gesellschaft ablehnen und mit Hass verfolgen“, so Bernstein.

Maßnahmen zum Schutz vor Terroristen müssten dabei immer mit dem nötigen Augenmaß und von der Verhältnismäßigkeit geprägt sein, um Offenheit und Freiheit nicht selbst über Gebühr

einzu­schränken.

Dem Terrorismus könne nur erfolgreich begegnet werden, wenn Polizei und Nachrichtendienste personell und materiell angemessen ausgestattet würden. „Unser Ziel muss es doch sein, unsere Bevölkerung vor Terroranschlägen zu schützen“, stellte Bernstein abschließend klar.

Schleswig-Holstein soll für Leistungssportler attraktiver werden “Profilquote” für Spitzensportler an Universitäten



Barbara Ostmeier, MdL

Eine “Profilquote” soll die bevorrechtigte Immatrikulation von ausgewiesenen Spitzensportlern für im landesinternen Zulassungsverfahren von Schleswig-Holstein vergebene Studienplätze regeln. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat nun in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetz beschlossen und dem zuständigen Bildungsausschuss zur weiteren Beratung zugeleitet.

Die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Barbara Ostmeier, begrüßt die “Profilquote für Spitzensportler”: „Die Pläne gehen zurück auf eine Initiative von Sportminister Klaus Schlie aus dem Jahr 2010. Ich freue mich, dass zumindest diese Pläne von der neuen Landesregierung weiter verfolgt werden. Vermutlich wurde SPD-Chef Ralf Stegner noch nicht von der CDU-Urheberschaft in Kenntnis gesetzt“, erklärte Ostmeier in Kiel.

Die Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes ermöglicht Spitzensportlerinnen und -sportlern spätere berufliche Perspektiven zu realisieren. “Eine universitäre Ausbildung neben ihres intensiven Trainings- und Wettkampfprogramms zu absolvieren, hilft den Hochleistungssportlern, im Anschluss an ihre sportliche Karriere eine berufliche Karriere aufbauen zu können“, so Ostmeier.

Die Vereinbarung zur dualen Karriere, die der Deutsche Olympische Sportbund, die Deutsche Industrie- und Handelskammer und die Sportministerkonferenz auf Bestreben der CDU-geführten Landesregierung von Schleswig-Holstein im November 2010 unterzeichnet hatten, ist eine wichtige Grundlage für die bessere Vereinbarkeit von sportlicher und beruflicher Karriere.

Beschließt der Schleswig-Holsteinische Landtag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf für die

so genannte "Profilquote für Spitzensportler" Ende Februar 2013, können bereits ab dem kommenden Sommersemester 2013 Spitzensportler in Schleswig-Holstein ohne größere Hürden ihr Studium aufnehmen.

Die Sportpolitikerin forderte die neue Landesregierung in diesem Zusammenhang auf, auch eigene Ideen zu entwickeln, um die Rahmenbedingungen für den Spitzensport weiter zu verbessern: „Wir werden mit diesem Gesetzentwurf eine entscheidende Lücke für die Absicherung der dualen Karriere im Leistungssport und der akademischen Ausbildung schließen. Für die zunehmende Zahl von Absolventen der Elite- und den Partner-Schulen des Sports ist diese Regelung von entscheidender Bedeutung in der langfristigen Karriereplanung. Der erste Schritt ist getan, aber dabei darf es nicht bleiben“, so Ostmeier.

Greening-Maßnahmen in der Gemeinsamen Agrarpolitik CDU fordert Ökologische Vorrangflächen mit weiterer Nutzung



Heiner Rickers, MdL

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, wies zu Beginn seines Debattenbeitrags zur Gemeinsamen Agrarpolitik darauf hin, dass der Agrarausschuss des EU Parlaments in seiner gestrigen (24. Januar 2013) Sitzung der „reinen, grünen Lehre“ eine Absage erteilt hatte und Beschlüsse zur zukünftigen Agrarpolitik getroffen habe.

Die immer wieder in der Diskussion stehenden EU-Agrarsubventionen könnten dabei nicht allen Ernstes in Frage gestellt werden. „Stattdessen müssen wir uns mit den Fragen beschäftigen, wie wir gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, Bürokratie abbauen und dabei nationale Spielräume erhalten können“; so Heiner Rickers.

Im Zuge des Greenings könne die Landwirtschaft damit leben, dass das Dauergrünland oberste Priorität genieße und nicht mehr umgebrochen werden dürfe. Was jedoch nicht akzeptabel sei, seien ökologische Vorrangflächen, die vollkommen aus der Nutzung genommen werden sollen.

„Wenn man sieben Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen ausschließlich für ökologische Belange zur Verfügung stellen möchte, ist das überzogen. Würden die Knickflächen mit allein 3 Prozent aber angerechnet, geht es letztlich noch um drei bis vier Prozent, die nur dann akzeptabel sind, wenn auch eine eingeschränkte Nutzung möglich ist. Ökologische Vorrangflächen, die zu hundert Prozent aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen werden sollen, sind für die Landwirtschaft nicht zu verkraften“, so Rickers.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de